



| Vorstand

Report ^{Nr.3}



Engagement macht stark
Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit



Inhalt

Interview mit Kirsten Rölke	2
Ehrenamtliches Engagement vor Ort – Teil 1	4
Berlin	4
Bochum	4
Dortmund	5
Leipzig	6
Freiburg	7
Dokumentation	8/9
Ehrenamtliches Engagement vor Ort – Teil 2	10
Mannheim	10
Jena-Saalfeld und Gera	10
Bezirk Bayern	11
Emden – Nordhessen –Zwickau	12
Halle	13
Heilbronn-Neckarsulm	14
Osnabrück	14
Hamburg	14

„Wir können uns gar nicht oft genug bedanken!“



Interview mit Kirsten Rölke, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, zur außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit.

AGA-Report:

Du hast nach dem Gewerkschaftstag 2003 die Senioren- und Erwerbslosenarbeit in Deinen Vorstandsbereich übernommen. In Hannover wurden Anträge zur Außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit gestellt, diskutiert und als Material an den Vorstand angenommen. Was hat sich seither verändert?

Es wurde durch Beschluss des Vorstandes das Ressort für Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit gebildet. Ein Schwerpunkt der Arbeit ist die Beratung der Verwaltungsstellen und Bezirke. Ein weiterer die Qualifizierung von ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen in Absprache mit unseren Gliederungen. Dafür wurden Bildungskonzeptionen erarbeitet. In den Verwaltungsstellen werden immer mehr Senioren und Erwerbslose in die ehrenamtliche Arbeit einbezogen. Es wäre schön, für diese Aufgabe noch mehr ehemalige betriebliche Funktionäre zu finden, die sich in den Dienst der Außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit ihrer Verwaltungsstelle stellen.

Kirsten Rölke:

Es wurde durch Beschluss des Vorstandes das Ressort für Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit gebildet. Ein Schwerpunkt der Arbeit ist die Beratung der Verwaltungsstellen und Bezirke. Ein weiterer die Qualifizierung von ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen in Absprache mit unseren Gliederungen. Dafür wurden Bildungskonzeptionen erarbeitet. In den Verwaltungsstellen werden immer mehr Senioren und Erwerbslose in die ehrenamtliche Arbeit einbezogen. Es wäre schön, für diese Aufgabe noch mehr ehemalige betriebliche Funktionäre zu finden, die sich in den Dienst der Außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit ihrer Verwaltungsstelle stellen.

AGA-Report:

An welchen Projekten der Verwaltungsstellen sind die ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen beteiligt?

Kirsten Rölke:

Sie kümmern sich um Beschäftigte, die wir nicht über betriebliche Betreuungsstrukturen erreichen, die in Betrieben arbeiten, in denen es keine Betriebsräte gibt. Das Aufgabenfeld ist sehr vielfältig. Mitglieder werden in Gewerbegebieten, Gewerbe- und Industrieparks geworben, nach einem Aktionsplan, in dem ganz gezielt Betriebe ausgewählt werden. Es gehört die Vorbereitung und Durchführung von Betriebsratswahlen dazu. In Einzelfällen auch die weitere Betreuung der Betriebsratsarbeit. Es gibt auch Kolleginnen und Kollegen, die Berufsschulunterricht mit dem Ziel der Mitgliederwerbung durchführen. Die Unterrichtsinhalte sind mit der Schule abgesprochen und damit Teil des Lehrplans.

AGA-Report:

Jetzt haben wir gerade die Mitgliedergewinnung angesprochen, auch junger Menschen. Was können die Außerbetrieblichen tun, um den Bestand an Mitgliedern zu halten?

Kirsten Rölke:

In Wohnbereichen, Städten und Gemeinden werden Informationsveranstaltungen zu aktuellen Themen durchgeführt, z.B. die Veränderungen der gesetzlichen Rentenversicherung, Rentenbesteuerung, Arbeitsmarkt- und Gesundheitsreform, der Pflegeversicherung, Erwerbstätigenversicherung, aber auch Themen, die zum Leben im Alter gehören. Die politische Diskussion um die Sozialpolitik birgt eine Menge Zündstoff.

Zur Mitgliederbestandspflege gehört Sozialberatung. Gerade für die Sozialberatung ist die Qualifizierung der BeraterInnen wichtig. Bei den vielen gesetzlichen Veränderungen müssen sie immer auf dem aktuellen Stand sein. Deshalb bieten wir zusammen mit dem Ressort Hauptamtlichen Aus- und Weiterbildung Seminare für ehrenamtliche Mitglieder, die in der Sozialberatung tätig werden wollen, an.

Hausbesuche bei runden Geburtstagen und Jubiläen sind in ihrer Wirkung nicht zu unterschätzen. Da werden Gespräche geführt und die Bindung an unsere IG Metall gepflegt.

AGA-Report:

Der Gewerkschaftstag hat einen Antrag zur Beschaffung sogenannter Motivationsmappen als Material an den Vorstand beschlossen. Was hat es damit auf sich?

Kirsten Rölke:

Die Mappen sind als Information und Dankeschön gedacht für die Kolleginnen und Kollegen, die aus Altersgründen aus den Betrieben ausscheiden. Sie sollten von den Betriebsräten überreicht werden. Inhalt der Mappe ist ein Formular zur Änderung der Mitgliedsdaten, das gleich vor Ort ausgefüllt werden kann, die Satzungsleistungen für Mitglieder im Ruhestand, mögliche Veranstaltungshinweise in der nächsten Zeit und Angebote zum Mitmachen in der Verwaltungsstelle. Der Vorstand hat allen Verwaltungsstellen Ansichtsexemplare zugesandt. Ob und wie die Aktionen in der Verwaltungsstelle durchgeführt werden, entscheidet der Ortsvorstand.

AGA-Report:

Welche Erfahrungen wurden beim Einsatz der Mappen gemacht?

Kirsten Rölke:

Dort wo sie eingesetzt wurden, war der Mitgliederverlust im Übergang Betrieb/Rente geringer, egal, ob diese oder andere Mappenvarianten gewählt wurden. Alles in allem eine gute Idee mit guten Ergebnissen. Schön wäre, wenn sich noch mehr Verwaltungsstellen daran beteiligen würden.

AGA-Report:

Die Mappen sind ein Beispiel zum Halten von Mitgliedern. Was geschieht aber, um ausgetretene Mitglieder wieder in die Organisation zurück zu holen?

Kirsten Rölke:

Das ist unterschiedlich. In vielen Verwaltungsstellen werden Rückholaktionen telefonisch durchgeführt, während in anderen Hausbesuche gemacht werden. Da unterstützen die Ehrenamtlichen aus dem AGA-Bereich sehr gut. Für Telefonaktionen ist eine Qualifizierung eine gute Vorbereitung. Nicht jeder ist ein Naturtalent, wenn es um die richtige Ansprache geht. Wir empfehlen den Verwaltungsstellen, entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen durchzuführen.

AGA-Report:

Gibt es weitere Unterstützung der Verwaltungsstellenarbeit?

Kirsten Rölke:

Vielfach wird die Durchführung von Jubilarehrungen unterstützt, größere Postsendungen eingetütet, Flugblattaktionen vor Betrieben und in Fußgängerzonen unterstützt oder gemacht. Die Außerbetrieblichen haben beim Arbeitnehmerbegehren viele Unterschriften gesammelt. Sie sind damit nicht weg zu denken aus der Arbeit der IG Metall. Für ihre Arbeit können wir uns gar nicht oft genug bedanken.

Ehrenamtliches Engagement vor Ort – Teil 1

Berlin

„Zum gemeinsamen Handeln anstiften!“

Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit e. V. – Träger der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS).

Das sind wir:

1986 wurde der „Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit e. V.“ von erwerbslosen Gewerkschaftsmitgliedern gegründet. Der Förderverein ist Träger der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen.



Ziel unserer Arbeit ist es, das bunte Netzwerk der Erwerbsloseninitiativen enger zu knüpfen und zu verbreitern. Wir verstehen uns als Schar-

nier zwischen Gewerkschaften und Erwerbsloseninitiativen. Wir wollen Kontakte und einen lebendigen Austausch untereinander befördern, zu gemeinsamem Handeln „anstiften“ und das vielfältige Engagement der Aktiven vor Ort unterstützen.

Der Förderverein setzt auf Teilhabe, unmittelbare Beteiligung und die Selbstorganisation der betroffenen Erwerbslosen selbst. Wir bieten den Raum, in dem Erwerbslose für ihre Interessen eintreten und aktiv werden können.

Das wollen wir:

Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaft. Wir setzen uns ein für Solidarität statt Ellenbogen, für Teilhabe statt Ausgrenzung und für ein Einkommen zum Auskommen.

Wir wollen es nicht hinnehmen, dass ArbeitnehmerInnen immer neue Opfer abverlangt und Erwerbslose in die Armut gedrängt werden – während sich einige wenige einen immer größeren Anteil des gesellschaftlichen Reichtums aneignen.

Beschäftigte und Erwerbslose haben gemeinsame Interessen. Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen! Wir wissen: Lohnverzicht und Sozialabbau schafft keine Arbeit. Wir wehren uns dagegen, dass Erwerbslose als billigere Konkurrenz und Drohpotenzial gegen die Beschäftigten in Stellung gebracht werden, um die Belegschaften zu erpressen.

Wir wollen, dass Erwerbslose ihre Rechte gut kennen und die ihnen zustehenden Leistungsansprüche auch durchsetzen können. Erwerbs-

lose KollegInnen haben ein Recht auf kompetente und unabhängige Beratung.

Das tun wir:

Aktuell führen wir die Kampagne „Reiches Land – Arme Kinder. Einkommen zum Auskommen“ durch. Sie zielt auf zusätzliche Leistungen für Schulmaterialien für Kinder im Hartz IV-Bezug“ ab.

Unsere *Ratgeber, Flyer und Info-Blätter* bieten verständliche und lebensnahe Informationen für Erwerbslose. Sie enthalten Tipps, die bares Geld wert sein können.

Mit *Schulungen, kompetenten Arbeitshilfen, Mustertexten und Tipps* zu kniffligen Verfahrensfragen unterstützen wir die *BeraterInnen vor Ort*.

Förderverein gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit e. V.

Märkisches Ufer 28, D-10179 Berlin

Telefon: 030-868 76 70-0

Telefax: 030-868 76 70-21

Mail: info@erwerbslos.de

Internet: www.erwerbslos.de

Bochum

Erwerbslose gehen in die Betriebe und auf die Straße

Die Arbeit begann mit Erwerbslosenberatung, die anfangs durch IG Metall-Senioren durchgeführt wurde. Später kam der Arbeitskreis Erwerbslose hinzu, der sich im Rhythmus von 14 Tagen trifft.

Monatliche Aktionen vor der Arbeitsagentur waren geprägt durch kreative Straßenaktionen, die von heutigen Bündnispartnern wie Sozialforen, attac durchgeführt werden. Sie sollten Öffentlichkeit herstellen. Konventionelle Brettspiele (z. B. Monopoly) wurden straßentauglich gemacht und transportierten so Probleme der Erwerbslosen bis in die Nachrichtensendungen.

Parallel wurden Kontakte zu Vertrauensleuten der Automobilindustrie genutzt, um die Kollegen in den Betrieben aufzuklären, die bisher noch keine Erfahrung mit Erwerbslosigkeit haben. So informierte ein erwerbsloser Kollege auf einer Betriebsversammlung von Opel über das Thema Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen Probleme. Bei einem gemeinsamen Seminar in Sprockhövel wurden die Kontakte vertieft, beide Gruppen waren sich schon damals über viele

gemeinsame Ziele einig. Als sich die negativen Auswirkungen der Hartz-Gesetze abzeichneten, und sich erster Widerstand regte, waren die Vertrauensleute mit im Boot.

Da auch in Bochum Erwerbslosenarbeit nicht nur in der IG Metall betrieben wird, erwies sich die Zusammenarbeit mit der Arbeitsloseninitiative Werkschlag als nützlich. Die Zusammenarbeit besteht bis heute – und ist hilfreich um mehr Menschen zu erreichen, auch diejenigen, die keinen Bezug zu den Gewerkschaften haben.

Mit Inkrafttreten des SGB II am 1. Mai 2005 hat neben der IG Metall Erwerbslosenberatung die unabhängige Sozialberatung ihre Arbeit aufgenommen. In diesem Beratungsangebot arbeiten seit Beginn auch Metalller mit. Sozialberatung heißt hier teilweise auch Begleitung der Ratsuchenden bis zur Antragstellung und Begleitung zu den Ämtern.

Bundesweite Beachtung fand die Bochumer Demonstration gegen Zwangsumzüge am 18. Mai 2006. Unterkunfts-kosten waren bei vielen Veranstaltungen das Thema (siehe metall Mai 2006). Mit der Demo wurde ein Zeichen gesetzt, dass Politik und Behörde nicht machen können was sie wollen.



Die Landesregierung NRW hat beschlossen, dass ab Oktober 2008 für Arbeitslosenzentren und Beratungsstellen keine Mittel mehr erhalten. Es kommt auf Gewerkschaften an, Lösungen im Sinne der Erwerbslosen zu finden. Viele werden ohne Beratungsmöglichkeiten dastehen, wenn solche Einrichtungen nicht weiter arbeiten können.

Dortmund

Die IG Metall in den Stadtteilen

In der IG Metall gilt überwiegend das Prinzip, dass die Delegierten für die Delegiertenversammlung in Wahlkreisen gewählt werden, welche die betriebliche Mitgliederstruktur abbilden. Hier gilt dann der Beschäftigungsort und nicht das Wohnortsprinzip als Basis.

Wird der Betrieb verlagert oder gar geschlossen hat das Auswirkungen auf die örtliche Mitgliederstruktur. Werden Mitglieder dieses Betriebes arbeitslos oder Rentner, fallen sie aus dem betrieblichen Umfeld heraus. Als gewerkschaftliches Tätigkeitsfeld bleibt ihnen meist nur noch die Möglichkeit, in den Arbeitsfeldern der örtlichen Außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit mitzuwirken. Meist ist das der örtliche AGA-Arbeitskreis, der Seniorenarbeitskreis oder Erwerbslosenarbeitskreis.

Biographische Umbrüche verändern so die Zuordnung zum gewerkschaftlichen Handlungsfeld.

Ein völlig anderes Beispiel finden wir in Dortmund. Hier ist die Grundstruktur der örtlichen IG Metall in Stadtteilgruppen organisiert/abgebildet. Im Ortsstatut der Verwaltungsstelle ist geregelt, dass die Wahlen der Mandatsträger für die Delegiertenversammlung in den Stadtteilgruppen erfolgen. Für die Zugehörigkeit zur Stadtteilgruppe ist die Wohnadresse maßgebend. Das bedeutet, wenn sich der Wohnort nicht verändert, wächst das örtliche IG Metall Mitglied mit seiner Stadtteilgruppe mit. Das Prinzip heißt hier „lebenslange Kontinuität“ und enge Verbundenheit mit dem Stadtteil und mit dem kommunalen Geschehen.

Regelmäßige Mitgliederversammlungen in den Stadtbezirken finden „vor Ort“ statt in Gaststätten, städtischen Räumen (Nachbarschaftstreff, Saalbau, usw.) aber auch in Kleingartenanlagen.

Die Leiter der Stadtteilgruppen gehören dem erweiterten Ortsvorstand an. Sie haben die Möglichkeit, Probleme und Fragen, welche die IG Metall Mitglieder im Nachbarschaftsverbund betreffen, in die Diskussion einzubringen.

Die Umbrüche in der Arbeitswelt bleiben nicht ohne Folgen für die Wohngebietsstruktur. Viele Betriebe verschwanden. Junge Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gehen dahin, wo es Arbeit gibt. Die Folge ist die Überalterung der Aktiven in den Stadtteilversammlungen. Deshalb wurde die Anzahl der Stadtteilgruppen nach Beschluss der Delegiertenversammlung von 33 auf 19 Gruppen reduziert. Nach wie vor besteht aber das Wohnortsprinzip. Zurzeit wird innerhalb der Ver-

waltungsstelle diskutiert, auf einen Mix zwischen betrieblichen Delegierten und Delegierten aus dem Wohnbezirk umzustellen.

Leipzig **„Die eigene Zukunft in die Hand nehmen“**

„Ein Weg aus Hartz IV“, Mit dieser Überschrift ist der Versuch der Initiative „proLeipzig“ beschrieben, ALG II-Bezieher in Leipzig zu motivieren, selbst aktiv einen Ausweg aus der eigenen Situation zu suchen. Alle arbeitslosen Mitglieder der Verwaltungsstelle werden angeschrieben, zusätzlich eine Annonce in einem lokalen Anzeigenblatt geschaltet. Eingeladen wird zu einer Zukunftskonferenz unter folgendem Motto: „Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt? Wir bieten, was uns fehlt!“

Das sind die Leitfragen, die von den Teilnehmern in der für fünf Tage terminierten Veranstaltung zusammen mit Pädagogen, Moderatoren und externen Referenten bearbeitet werden.

„Um erfolgreich in die Zukunft gehen zu können, muss man sich seiner Vergangenheit bewusst sein. Dieser Weg führt aber nur über die Gegenwart...“

Mit diesem Zitat sind kurz und knapp Methode und Vorgehensweise beschrieben. Die Teilnehmer bringen ihre Lebenserfahrung, ihre Qualifikation und ihre bisher häufig nicht genutzten, weil nicht gefragten Fähigkeiten mit ein, suchen Gleichgesinnte für ein gemeinsames Zukunftsprojekt, welches sich unter den Rahmenbedingungen von Hartz IV realisieren lassen könnte. Zur Erweiterung des Horizontes der Teilnehmer werden diverse Experten eingeladen, die aus ihrem Tätigkeitsfeld heraus mögliche Arbeitsfelder für Arbeitslosenprojekte beschreiben. Im Jahr 2007 waren das Vertreter der AOK (Gesundheitsreform), der Arbeiterwohlfahrt AWO (Hauswirtschaftliche Dienstleistungen) und des Naturschutzbundes, NABU (Umwelt- und Naturschutzgesichtspunkte).

Im nächsten Schritt werden Maßnahmevorschläge für die diversen Projektideen erarbeitet. Als Abschluss dieser Phase stellen alle Arbeitsgruppen ihre „Idee“ dem Plenum der Zukunftskonferenz vor. Nach der Präsentation ihres Vorhabens am Ende der Konferenz erhalten sie weitere Zeit, um zusammen mit ihren frisch gewonnenen Partnern die Umsetzung des Projektes voranzutreiben. „proLeipzig“ stellt hierfür Räume und Betreuung durch Coaching zur Verfügung. Maßstab für den Erfolg ist, wenn am Ende die Projektidee durch

einen Businessplan und das anschließende Testat der IHK untermauert ist. Dann kann die Umsetzung unter Inanspruchnahme der entsprechenden finanziellen Unterstützung durch die Agentur für Arbeit erfolgen. Das mögliche „Geschäftsmodell“ basiert auf einem Genossenschaftsmodell unter Ausnutzung der Möglichkeiten des Zuverdienstes von Hartz IV.

Eine der prominentesten Projektideen der Zukunftskonferenzen ist das sogenannte „Markthallenprojekt“. In Leipzig gibt es zwar große Flächen von überdachten (ehemals industriell genutzten) Gebäuden aber keine überdachte Markthalle. Außerdem wurde durch Umfragen u.a. der Kommune ermittelt, dass es einen enormen Bedarf an regionalen Produkten vor allem im Lebensmittelbereich gibt, der durch die Supermarktketten in keiner Weise gedeckt wird.

Arbeitslose bringen ihre Fähigkeiten bei der Herstellung eines Markthallenareals ein, wo später von (ehemals ALG II-Beziehern betriebene Marktstände) regionale Produkte vertreiben können.

In den letzten drei Jahren fanden in Leipzig drei Zukunftskonferenzen statt. Die örtliche IG Metall, bei der es einen AGA-Arbeitskreis mit aktiver Seniorenarbeit, Sozialberatung, Betreuung von Kleinbetrieben und Berufsschulen gibt, unterstützt deshalb zusätzlich diese innovativen Ansätze von außerbetrieblicher Gewerkschaftsarbeit in Form der Zukunftskonferenzen.



Freiburg

Das ehrenamtliche Engagement stärkt die Gewerkschaft



Interview mit Hermann Spieß, 1. Bevollmächtigter IG Metall.

AGA-Report:
Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit in Freiburg – gibt es da etwas zu berichten?

Hermann Spieß:

In Freiburg haben wir verschiedene außerbetriebliche Bereiche. Einmal den Seniorenarbeitskreis mit sehr aktiven Mitgliedern. Die Aktivitäten bewegen sich sowohl im politischen Bereich mit entsprechenden Veranstaltungen wie auch im Freizeitbereich mit vielen Angeboten. Der Vorteil für uns ist, dass die Kolleginnen und Kollegen ihre Veranstaltungen und Aktivitäten zum großen Teil eigenständig organisieren und durchführen. Darüber hinaus stehen sie – auch kurzfristig – zu politischen wie organisatorischen Aktionen zur Verfügung, was für uns Hauptamtliche eine große Entlastung ist.

Dann der Bereich der Erwerbslosen, in dem wir zur Zeit keinen großen, eigenständig arbeitenden Kreis haben. Dafür aber einzelne aktive Kollegen, die sich engagiert um die Belange der erwerbslosen Mitglieder mittels kompetenter Sozialberatung kümmern und so ihren Beitrag zur Erwerbslosenarbeit in unserer Verwaltungsstelle leisten, (leider aber nicht im politisch spürbaren Bereich).

Und wir haben den Arbeitskreis „Umweltfreundlich zum Betrieb“, der sich hauptsächlich aus Betriebs- und Personalräten aus verschiedenen Branchen zusammensetzt. Dieser hat sich zur Aufgabe gemacht, den eigenen Arbeitsplatz, aber auch Kindergärten, Tagesstätten oder Schulen an öffentliche Nahverkehre anzubinden, um so den Individual-Autoverkehr innerhalb der Region deutlich zu reduzieren und so die Umwelt zu entlasten. Dadurch wird auch die Attraktivität von Arbeitsplätzen in unserer Region gesteigert. Das ist das Thema. Durch sehr erfolgreiche Arbeit konnten arbeitnehmerfreundliche Fahrplanänderungen sowie neue Fahrstrecken organisiert werden.

AGA-Report:

Beurteilst du die außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit ausschließlich positiv oder gibt es auch kritische Aspekte?

Hermann Spieß:

Im Großen und Ganzen ist die außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit sicherlich positiv zu beurteilen, vor allem, da sie die Möglichkeit bietet, auch außerhalb betrieblicher Strukturen Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Zusätzlich wird das ehrenamtliche Engagement gestärkt, was unsere Arbeit auf breite Füße stellt.

Einen kritischen Aspekt will ich jedoch nicht verschweigen. Ich denke, dass es aufgrund der hohen Fluktuation für Erwerbslose sehr schwierig ist, den Anforderungen durch Arbeitsagentur oder ARGE und durch die gesellschaftliche negative Bewertung von Arbeitslosigkeit eine kontinuierliche Arbeit zu leisten. Daher ist die Gefahr sehr groß, dass in den AGA-Gremien die Belange der Erwerbslosen gegenüber den Senioren und/oder anderen Arbeitskreisen, nicht ausreichend zum Tragen kommen.

AGA-Report:

Wie wäre diesem Umstand zu begegnen?

Hermann Spieß:

Am Besten dadurch, dass die Erwerbslosen eigene Strukturen haben und diese Strukturen weitgehend selbst festlegen, sowie die Zusammenarbeit mit anderen außerbetrieblichen Akteuren erst auf der Bundesebene passiert. Das könnte dann dazu führen, dass Erwerbslose sich besser in der Gewerkschaftsarbeit wieder finden und aktiv werden. Das wäre nicht nur wünschenswert sondern notwendig.





Dokumentation

Resolution des DGB-Bundesausschusses vom 8. März 2007

„(...) In den vergangenen Wochen und Monaten haben hunderttausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben und auf der Straße gegen dieses Vorhaben protestiert. Nach Meinungsumfragen lehnen 73 Prozent der Bürgerinnen und Bürger die Rente mit 67 ab.

DGB und Gewerkschaften fordern die Abgeordneten des Bundestages auf, die Sorgen und Nöte der Menschen ernst zu nehmen und auf die Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 zu verzichten. Wir fordern die Abgeordneten auf, den Gesetzentwurf abzulehnen und sich einem konstruktiven Dialog über eine solidarische Reformpolitik zu öffnen.

DGB und Gewerkschaften haben den Abgeordneten in Berlin und vor Ort die gravierenden negativen Folgen der Rente mit 67 für die Beschäftigten deutlich gemacht. Die überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat keine realistische Möglichkeit, überhaupt bis 65 zu arbeiten. So müssen 80 Prozent der Versicherten aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig ausscheiden oder aus der Arbeitslosigkeit in den Ruhestand gehen.

DGB und Gewerkschaften wenden sich gegen eine Politik, die im Ergebnis auf eine Rentenkürzung hinausläuft und das Problem der Altersarmut zu verschärfen droht. Dies betrifft nicht nur Langzeitarbeitslose und Geringverdiener, sondern benachteiligt insbesondere Frauen aufgrund der vergleichsweise geringeren Einkommen und unterbrochenen Versicherungsbiographien.

DGB und Gewerkschaften wenden sich gegen eine Politik, die Älteren den Ausstieg aus dem

Erwerbsleben zu fairen Bedingungen verbaut und den Einstieg für Jüngere erschwert.

DGB und Gewerkschaften erwarten von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages, dass sie sich für eine Verbesserung der Arbeitsmarktchancen einsetzen, statt die Situation durch eine pauschale Heraufsetzung des gesetzlichen Renteneintrittsalters noch zusätzlich zu verschärfen.

DGB und Gewerkschaften fordern eine politische Antwort, die die nach wie vor viel zu hohe Arbeitslosigkeit sowie die gesundheitliche Situation der Beschäftigten realistisch in den Blick nimmt und flexible Übergänge in den Ruhestand ermöglicht.

Wir brauchen eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, damit Arbeit nicht krank macht und die Beschäftigten die Möglichkeit bekommen, länger gesund im Arbeitsleben zu bleiben. Für diejenigen, die dennoch frühzeitig ausscheiden müssen, müssen bei der Erwerbsminderungsrente der Zugang erleichtert und die Abschläge beseitigt werden.

Wir brauchen außerdem flexible Übergänge zwischen Erwerbsleben und Rente. Den Tarifpartnern müssen hierzu neue Spielräume eröffnet werden. Die Altersteilzeit muss als sinnvolles arbeitsmarktpolitisches Instrument über das Jahr 2009 hinaus – ergänzend zur steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Förderung – auch durch die Bundesagentur für Arbeit gefördert werden. Zusätzlich sollten die Bedingungen für die Inanspruchnahme von Teilrenten attraktiver gestaltet werden, damit sie besser in neue Rentenübergangsmodele integriert werden können.

Schließlich sollte die Rentenversicherung auf eine breitere Grundlage gestellt und zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterentwickelt werden.“



Ehrenamtliches Engagement vor Ort – Teil 2

Mannheim

Aktiv in Schulen und auf der Straße

Siegfried Paetzold, stellvertretender Vorsitzender des örtlichen Seniorenarbeitskreises, der die Baden-Württemberg Metaller auch im bundesweiten Ausschuss für außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit vertritt, zeigt stolz auf die Anwesenheitsliste und das Protokoll des letzten Seniorenarbeitskreises. Rund 35 aktive Kolleginnen und Kollegen haben teilgenommen und zusammen den Arbeitsplan für das Jahr 2007 diskutiert.

Ausgehend von einem Seminar im Jahr 2006 hatten sich aus diesem Kreis heraus vier Arbeitsgruppen gebildet. Die größte Gruppe widmet sich der örtlichen Seniorenarbeit. Sie organisiert für die Verwaltungsstelle Veranstaltungen zu verschiedenen politischen Themen (Rentenbesteuerung, Gesundheit, Geschichte der Arbeiterbewegung, u.v.m.) und betreut auch ältere Mitglieder durch Besuche bei runden Geburtstagen.

In der Gruppe „Öffentlichkeitsarbeit“ arbeitet man noch an einem Konzept. Bisher werden in regelmäßigen Abständen in der Mannheimer Seite der „Metall“-Zeitung Artikel veröffentlicht. Selbstverständlich sind die SeniorInnen immer wieder bei Infoständen in den Stadtteilen auf der Straße zu sehen, sei es mit einem Flugblatt gegen die „Rente mit 67“ oder zur Unterstützung der Tarifrunde. Für die Arbeitsgruppe „Schulen“ haben sich diejenigen gemeldet, die zusammen mit dem örtlichen Jugendsekretär ihr Erfahrungswissen über Berufsbildung und die gewerkschaftlichen Unterstützungsangebote Hauptschülern und jungen Auszubildenden nahe bringen wollen. Zusammen mit den Vertretern von GEW und DGB wurden eigene Unterrichtseinheiten erarbeitet, um Stunden im Sozialkundeunterricht zu halten. So wird das örtliche Projekt „Ready-

Steady-Go“ unterstützt werden, bei dem besonders Hauptschulabschluss-Schülern durch Bewerbungsmappen und Beratung zu einem Ausbildungsplatz verholfen werden soll.

Die vierte Gruppe bietet der Verwaltungsstelle ihre Erfahrung an, wenn Unterstützung von Betriebsräten in kleineren Betrieben ohne freigestellte Betriebsräte gefragt ist.



Außerdem wollen die MetallerInnen am Mannheimer Seniorentag und der damit verbundenen Seniorenmesse in Erscheinung treten. Dass sie selbstverständlich auch am 1. Mai aktiv dabei sind, steht außer Frage.

Jena-Saalfeld und Gera

„Mitglieder in der IG Metall halten!“

Wolfgang Lemb ist erster Bevollmächtigter der beiden Kooperationsverwaltungsstellen Jena-Saalfeld und Gera in Ostthüringen. Gera liegt in einem besonders strukturschwachen Gebiet. Die große Mehrheit (60 Prozent) der IG Metall Mitglieder dieser Verwaltungsstelle sind nicht mehr in Betrieben organisiert, sondern können nur über andere Kommunikationswege erreicht werden.

Im Dezember 2002 wurde der Arbeitskreis Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit gegründet. Diesem Schritt vorausgegangen war eine gründlich Analyse der Mitgliederstrukturen in der Verwaltungsstelle. Die Mitglieder, die über die betrieblichen Strukturen nicht zu erreichen sind, werden seither in den unterschiedlichsten Formen vom AK AGA betreut.

Die AGA-Arbeit in Jena-Saalfeld und Gera ist im wesentlichen aufgeteilt in drei Schwerpunkte:

1. Mitgliederhaltarbeit
2. Mitglieder-Rückholarbeit
3. Angebote zur Beteiligung für nicht über betriebliche Strukturen erreichbare Mitglieder

Dass sich in der Praxis die Zielsetzungen miteinander verzahnen, versteht sich von selbst. Denn sehr schnell wurde dem AK AGA klar, dass eine sinnvolle und zielgerichtete Haltarbeit nur dann realisiert werden kann, wenn die IG Metall auch den nicht in den Betrieben Beschäftigten „etwas zu bieten hat“.

Daraus abgeleitet wurden als fester Bestandteil der Haltarbeit regelmäßige Sprechstunden für die unterschiedlichen Mitgliedergruppen angeboten. Zielgruppen für den AGA AK waren im wesentlichen arbeitslose Kolleginnen und Kollegen, Rentner/innen, aber auch Einzelmitglieder auf so genannten Sammelnummern. Die Erfahrung zeigt, dass insbesondere diese Mitgliedergruppe sehr schwierig ansprechbar ist.

Gegenstand der Sprechstunden in den drei Außenbüros, sowie einer Vielzahl von Mitgliederversammlungen die teilweise gemeinsam mit dem DGB genutzt werden, waren z. B. die Themen Hartz IV, Arbeitslosengeld I, Rente mit 67 und die Auswirkungen, Mindestlohn, und vieles mehr. Der Besuch war sehr unterschiedlich – von großem Interesse waren im Wesentlichen die Veranstaltungen zu Hartz IV.

Die acht bis zwölf ständig mitarbeitenden ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen im AGA AK leisten im Jahr ca. 400 Stunden ehrenamtliche Tätigkeit und sind ein wichtiges Bindeglied bei allen gewerkschaftspolitischen Aktionen.

Eines der wesentlichen Ergebnisse aus Sicht der Verwaltungsstelle ist laut Wolfgang Lemb die Verbindung zwischen Halte- und Rückholarbeit. So konnten in den letzten Jahren die Austritte in beiden Verwaltungsstellen systematisch reduziert werden, zuletzt im Jahr 2006 bezogen auf das Vorjahr um 38 Prozent.

Bezirk Bayern

Überall Netzwerke für soziale Gerechtigkeit aufbauen

Interview mit dem bayerischen IG Metall Bezirksleiter Werner Neugebauer.



Werner Neugebauer:

Seniorenarbeit ist Bestandteil fast aller Verwaltungsstellen in Bayern. Derzeit entwickeln Kolleginnen und Kollegen gemeinsam mit ihren Verwaltungsstellen Konzepte zur Betreuung von Mitgliedern, außerhalb der Betriebe.

AGA-Report:

Um welche Konzepte handelt es sich dabei?

Werner Neugebauer:

Schon Ende der 70er Jahre hat es außerbetriebliche Arbeit gegeben. Hintergrund waren Auseinandersetzungen um Arbeitsplätze. In der Auseinandersetzung um Agfa in München stand am Ende die Betriebs-schließung und die Gründung einer Betreuungsstruktur für die Kolleginnen und Kollegen in München und in Landshut. Das fand seine Fortsetzung nach Schließung der Werke von Grundig in Aschau und Landau an der Isar. Seniorenarbeit stand damals noch unter der Überschrift Betreuung, das hat sich grundlegend geändert. Die vielen Aktionen unserer Senioren in den politischen Auseinandersetzungen seit Mitte der 80er Jahre – als engagierter Teil der Gesamtorganisation, haben uns sehr geholfen. Sie waren nicht weg zu denken bei Landtagswahlen über Bundes- und Europawahlen, beteiligten sich an Protestaktionen, bis hin zu gemeinsamen Bündnisveranstaltungen. Sie führten eigenen Veranstaltungen und Seminare für ältere Kolleginnen und Kollegen durch, nahmen an Protestaktionen in Prag, mit unseren Freunden von KOVO (tschechische Metallgewerkschaft) im letzten Jahr teil, also ein vielfältiges Spektrum. Und, es gibt eine breite Unterstützung zur Stabilisierung und Rückgewinnung von Mitgliedern:

Ehemalige betriebliche Funktionäre telefonieren mit Menschen, die Probleme haben und austreten wollen, mit außerordentlich hohen „Rückholquoten“. Das ist gigantisch, und wir sind all jenen sehr dankbar für Ihr Engagement in dieser wichtigen Frage!

AGA-Report:

Welchen Nutzen haben alle diese Maßnahmen für die Verwaltungsstellen?

Werner Neugebauer:

Mit unseren jährlichen Zusammenkünften stellen wir Transparenz her, geben Anregungen für Aktivitäten, berichten über erfolgreiches Engagement, machen Mut auch mal etwas Neues auszuprobieren. Ich würde mir von noch mehr „ehemaligen Meinungs- und Funktionsträgern“ wünschen, dass sie sich in dieses „Geschäft“ einmischen.

AGA-Report:

Macht es aus deiner Sicht Sinn, die Ideen der Kolleginnen und Kollegen allen Verwaltungsstellen zu empfehlen und Ehrenamtliche zu einer Beteiligung an der Mitgliederarbeit zu motivieren? Wie könnte die Umsetzung aussehen?

Werner Neugebauer:

Wir sind ein riesiger Flächenbezirk. Unser Bezirk ist größer als NRW und Baden Württemberg zusammen, die Verkehrsinfrastruktur – insbesondere die öffentlichen Verkehrsmittel – ist außer den Großräumen München und Nürnberg, mit Einschränkungen Augsburg, nicht gerade für mitgliedernahe Ansprache von Vorteil!

AGA-Report:

Spricht das für dezentrale Betreuungsstrukturen?

Werner Neugebauer:

Meine Vision wäre, in allen Orten mit mehr als 10.000 Einwohnern Ansprechpartner zu haben, für gewerkschaftliche Themen, Aktionen und Aktionsgemeinschaften mit anderen DGB-Gewerkschaften und befreundeten Organisationen, zum Beispiel Kirchen, VDK etc., also ein Netzwerk für soziale Gerechtigkeit und soziales Engagement auf regionaler Ebene.

Emden – Nordhessen – Zwickau

**Persönliche Ansprache reduziert Austritte:
Das „Mappenprojekt“**

Die Erfahrungen zeigen es leider deutlich: Mit dem Ausscheiden aus dem Betrieb endet auch häufig die Mitgliedschaft in der IG Metall.

Mehr als die Hälfte der Mitglieder, die aus gesundheitlichen oder aus Altersgründen aus dem Betrieb ausscheiden, halten eine Gewerkschaftsmitgliedschaft nicht mehr für erforderlich. Rund 70 Prozent

der Betroffenen sind nicht über ihre Satzungsrechte und Beteiligungsangebote informiert. Die am häufigsten genannten Gründe sind „brauche ich nicht mehr“, oder „die machen für mich nichts mehr!“ Metalller der außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit in Emden wollten aktiv gegen diesen Trend vorgehen und zwar durch direkte Ansprache der Mitglieder bevor sie aus dem Betrieb ausscheiden.

Als hilfreiches Werkzeug diente dabei eine Schreibmappe, bestückt mit Kugelschreiber, Satzung, Richtlinien, örtlichem Veranstaltungsprogramm der IG Metall. Außerdem enthielt die Mappe Anschrift und Ansprechpartner der Verwaltungsstelle und der zuständigen Wohngebietsvertrauensleute. Der Abschied aus dem Betrieb wurde zu einem Übergang in eine andere Lebensphase, begleitet von einem „Mitmach“-Angebot der IG Metall.

Der Erfolg war für alle überzeugend. Im Vergleich zu vorher ging die Austrittsquote um fast 80 Prozent zurück. Gleichzeitig nahm die Beteiligung an „Sitzungen“, Veranstaltungen oder Aktionen der Vertrauensleute im außerbetrieblichen Bereich erheblich zu. Dieses positive Beispiel diente als Anreiz für eine Weiterentwicklung der Mappen durch die für Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit zuständigen Kollegen beim Vorstand der IG Metall und interessierte Verwaltungsstellen.

Nordhessen

In der IG Metall Verwaltungsstelle Nordhessen begann man ab Januar 2006 die hohe Zahl von Kollegen in Altersteilzeit vor ihrem Übergang in Rente gezielt anzusprechen, um sie für aktive ehrenamtliche Mitarbeit in der IG Metall Region zu gewinnen.

Der Ortsvorstand fasste auf Initiative der Vertrauenskörperleitung bei VW in Baunatal den Beschluss die Mappen als Instrument bei dieser Aktion einzusetzen.

Neben Kugelschreiber, Satzung und aktuellen Werbefaltblättern für Senioren enthielten diese auch einen persönlichen Brief der Verwaltungsstelle sowie eine Übersicht möglicher Rechtsberatungshilfen für Rentnerinnen und Rentner.

Diese Mappen wurden den Mitgliedern anlässlich der betrieblichen Verabschiedung von Betriebsräten und Vertrauensleuten persönlich überreicht. Mehr als 200 Mappen wurden seither mit Erfolg im Betrieb verteilt. Nur sechs Mitglieder wollten definitiv aus der IG Metall austreten, die anderen waren durch diese Ansprache positiv berührt.

VS Zwickau

In Zwickau war die Ausgangssituation ähnlich. Das Projektziel, die Mitglieder zu halten, sie zu informieren und sie durch ihre würdige



Verabschiedung in den Ruhestand zur ehrenamtlichen Mitarbeit zu motivieren wurde durch Beschluss des Ortsvorstandes im Januar 2006 unterstützt, und die Anschaffung der Mappen finanziert. Die Übergabe der Informations- und Motivationsmappen im Auftrag der IG Metall erfolgte durch die Betriebsräte.

Neben VW Mosel wurden weitere fünf Betriebe (GKN, MAN Plamag, VEM Motors, BBT) in das Projekt integriert, wo ebenfalls rund 50 Übergänge von Beschäftigten in Altersteilzeit oder Rente anstanden. Die Investition lohnt sich: als erste Erfolge lässt sich in diesem Bereich eine Halbierung der Austritte im Vergleich zum Vorjahr feststellen.

In einem gemeinsamen Workshop der Akteure bei VW in Baunatal und in Mosel sollen Erfahrungen und Ergebnisse ausgewertet werden.

Halle „Mach was“ für die vielen Mitglieder außerhalb der Betriebe

Die Arbeitslosenquote in Sachsen-Anhalt beträgt in etlichen Regionen der Verwaltungsstelle Halle über 20 Prozent. Durch Konzernentscheidungen werden die Arbeitsplätze in den letzten großen Betrieben, wie z. B. im Waggonbauwerk Bombardier weiter abgebaut. Gleichzeitig gilt es für die IG Metall eine große Fläche zu betreuen.

Zwei wichtige Standbeine gibt es vor Ort: regionale aktive Seniorengruppen und regionale Arbeitslosenkreise der IG Metall. Beide Mitgliedergruppen zusammen bilden rund 2/3 der Mitgliedschaft ab. „Um eine gleichbleibende Interessenvertretung zu gewährleisten, müssen alle Mitglieder, unabhängig davon, ob sie in einem Betrieb beschäftigt sind oder nicht, in die gewerkschaftliche Arbeit und Willensbildung einbezogen werden,“ heißt es im Geschäftsbericht. Zentraler Ansatzpunkt ist deshalb die persönliche Ansprache der Mitglieder.

Sprachrohr für Erwerbslose

Im Rahmen der Wohngebietsarbeit wurde z. B. in der Stadt Halle eine Beratungsstelle für Erwerbslose eingerichtet, die von Ehrenamtlichen betreut wird. Durch die Vereinsgründung von „Mach was e. V.“ wurde ein Träger für viele örtliche, teilweise öffentlich geförderte Projekte geschaffen. „Halle-Rad“ reparierte mittels einer gut ausgestatteten Fahrradwerkstatt fast 200 Fahrräder, die in der Stadt an neun Fahrradleihstationen zur Verfügung stehen. Durch Initiative der IG Metall wurde so Erwerbslosen zumindest befristet eine Perspektive und sinnvolle Tätigkeit verschafft. Durch den Aufbau regionaler Erwerbslosengruppen wurde die Präsenz der IG Metall in der Fläche erweitert.

Senioren melden sich zu Wort

Die aktiven Senioren der Verwaltungsstelle bilden eine wichtige Stütze bei allen größeren Veranstaltungen, wie z. B. den jährlichen Jubilarehrungen. Ohne das Team wären die Verantwortlichen bei der Organisation häufig überfordert.

Besonders engagiert waren die Senioren bei allen Protestaktivitäten gegen die Renten- und Gesundheitsreform. Sie organisierten aber auch selbständig Informationsveranstaltungen zu Themen, welche besonders den Lebensalltag der älteren Menschen betreffen, wie z. B. die Gefahren von Haustürgeschäften.

Aufbauend auf diesen Erfahrungen plant die Verwaltungsstelle Halle den nachhaltigen Ausbau von gewerkschaftlichen Arbeitsstrukturen außerhalb der Betriebe. Dies soll über ehrenamtlich organisierte IG Metall Regionalgruppen geschehen mit dem Ziel, die Nicht 1-Prozent-Zahler und Mitglieder in KMU-Betrieben gemeinsam zu betreuen, angelehnt am Prinzip der Wohnbereichsarbeit.

Hier können offene Formen der Mitarbeit angeboten, Möglichkeiten zur Selbsthilfe entwickelt werden, Erfahrungsaustausche stattfinden und damit die Interessenvertretung von SeniorInnen und Erwerbslosen besser organisiert werden.

Heilbronn-Neckarsulm

Senioren bewerben sich um Arbeitsplatz

Überrascht geschaut hat Wolfgang Weilmann, Personalchef beim Heilbronner Maschinenbauer Illig, als sich 70 Metall-Senioren um einen Arbeitsplatz bewarben.

Illig ist der Betrieb des regionalen Südwestmetallchefs Karl Schäuble. Den Senioren war klar, dass ihr Vorstoß ihnen keinen Arbeitsplatz beschert. Bei Illig werden keine Stellen geschaffen, weil derzeit eine Beschäftigungssicherung gilt.

„So wird der Konflikt der Generationen in den Betrieb getragen“, so der Betriebsratsvorsitzende Bruno Heilmann. Kein verantwortlicher Politiker glaubt ernsthaft, dass alle Beschäftigten bis 67 arbeiten. Denn sollten Ältere tatsächlich länger arbeiten, fehlen noch mehr Arbeitsplätze für die Jüngeren.

Sinnvoll wäre es die 13 500 Arbeitslosen im Stadt- und Landkreis Heilbronn in Arbeit zu bringen als Ältere bis 67 arbeiten zu lassen, so der erste Bevollmächtigte Rudolf Luz.

„Bei einem Renteneintrittsalter von 67, würde auf meinen Fall bezogen die Rente noch schmaler ausfallen, als das derzeit der Fall ist. Ich bin mit 59 aus dem Betrieb ausgeschieden, das macht ein Minus von 12 Prozent, hochgerechnet auf 67 runde 20 Prozent Kürzung“, stellt Horst Söll, der ehemalige Betriebsratsvorsitzende des geschlossenen Volvo-Buswerkes fest. Vielfach werden Ältere aus den Betrieben gedrängt, doch auch gesundheitliche Gründe können eine Rolle spielen, wie bei Gerd Schubert. Schubert schied nach 44 Jahren bei Illig auf ärztliches Anraten aus, da war er 61.

So wie die Rente mit 67 angelegt ist, stellt sie ein Rentenkürzungsprogramm dar. Es müssen andere Ausstiegsriterien her, als die jetzige gesetzliche Regelung vorsieht ist die Botschaft der IG Metall.

Osnabrück

„Es ist klug, seniorenpolitische Themen im DGB zu bündeln!“

Interview mit Rolf Bockelmann, Vorsitzender des AGA-Arbeitskreises der Verwaltungsstelle Osnabrück und des DGB-Seniorenarbeitskreises Niedersachsen.



AGA-Report:

Warum ist es sinnvoll für Euch, die Seniorenpolitik gemeinsam mit dem DGB zu betreiben?

Rolf Bockelmann:

Weil alle Senioren überwiegend die gleichen Interessen haben und es klug ist, dieses Interessen mit allen Gewerkschaften im DGB zu bündeln und gemeinsam nach vorne zu bringen.

AGA-Report:

Welche Erfahrungen habt ihr dabei vor Ort und im Bezirk gemacht?

Rolf Bockelmann:

Durchweg positive Erfahrungen. Wir bündeln bereits seit zwei Jahren alle Themen die uns betreffen im DGB. Vor Ort thematisieren wir die Auswirkungen der staatlichen Gesetzgebung, wie Gesundheits- und Rentenpolitik. Dazu hatten wir im Jahr 2005 eine wirkungsvolle Demonstration. Außerdem führen wir mit dem DGB gemeinsame Seminare durch.

AGA-Report:

Welche Themen und Projekte habt ihr momentan auf der Agenda?

Rolf Bockelmann:

Alle Themen von Regierungshandeln und die Auswirkungen auf die Seniorinnen und Senioren, wie z. B. Gesundheitsreform, Steuer-, Rentenpolitik und Pflegeversicherung.

Hamburg

DGB-Senioren streiten für soziale Sicherheit aller Generationen

Für Johannes Müllner war es ein weiter Weg, die außerbetrieblichen Mitgliedergruppen in die Organisationsarbeit der IG Metall einzubeziehen.

Denn für den langjährigen ersten Bevollmächtigten in Hamburg und Mitglied im Kontrollausschuss der IG Metall bedeutete das, dass die erwerbstätigen Kolleginnen und Kollegen, welche die Durchsetzungsfähigkeit und Kampfkraft der IG Metall bestimmen, auch andere zu Wort kommen lassen mussten, die nicht mehr im Betrieb waren. Zunehmend wuchs das Potenzial an selbstbewussten Mitgliedern im

außerbetrieblichen Bereich. Mit Beharrlichkeit erreichten sie ihre gleichberechtigte Einbeziehung in das gesamte Organisationsleben. Die Einsicht bei den Verantwortlichen, das Miteinander aller Mitgliedergruppen zu praktizieren, sollte inzwischen selbstverständlich sein.

Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit Bestandteil der Satzung
Diesem Integrationsprozess wurde durch Änderungen der Satzung und der Organisationsstruktur Rechnung getragen. Die außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit, getragen durch eine zunehmende Bereitschaft, sich ehrenamtlich einzubringen, ist heute fester Bestandteil der IG Metall.

Mit dem gewachsenen Selbstbewusstsein der Seniorinnen und Senioren und der erwerbslosen Mitglieder entwickelte sich auch der Anspruch, dass die Organisation stärkeren politischen Einfluss auf die Gestaltung ihrer Lebensbedingungen nimmt.

Die bisherige Formel „Lohnerhöhung gleich Rentenerhöhung“ zeigt kaum noch Wirkung. Der Anspruch auf soziale Sicherheit im Alter oder in der Erwerbslosigkeit scheint zunehmend in Frage gestellt. Daraus ergibt sich zwangsläufig ein neues Aufgabenfeld für die Gewerkschaften.

Eine gewerkschaftliche Interessenvertretung z. B. zur Durchsetzung sozialer Sicherheit im Alter ist nur möglich, wenn sie – ähnlich wie in der Tarifpolitik – auf den Kontrahenten, in diesem Fall die Politik, einwirkt. Das ist eine Kernaufgabe des DGB, getragen von der Kraft aller DGB-Gewerkschaften. So will es auch die DGB-Satzung.

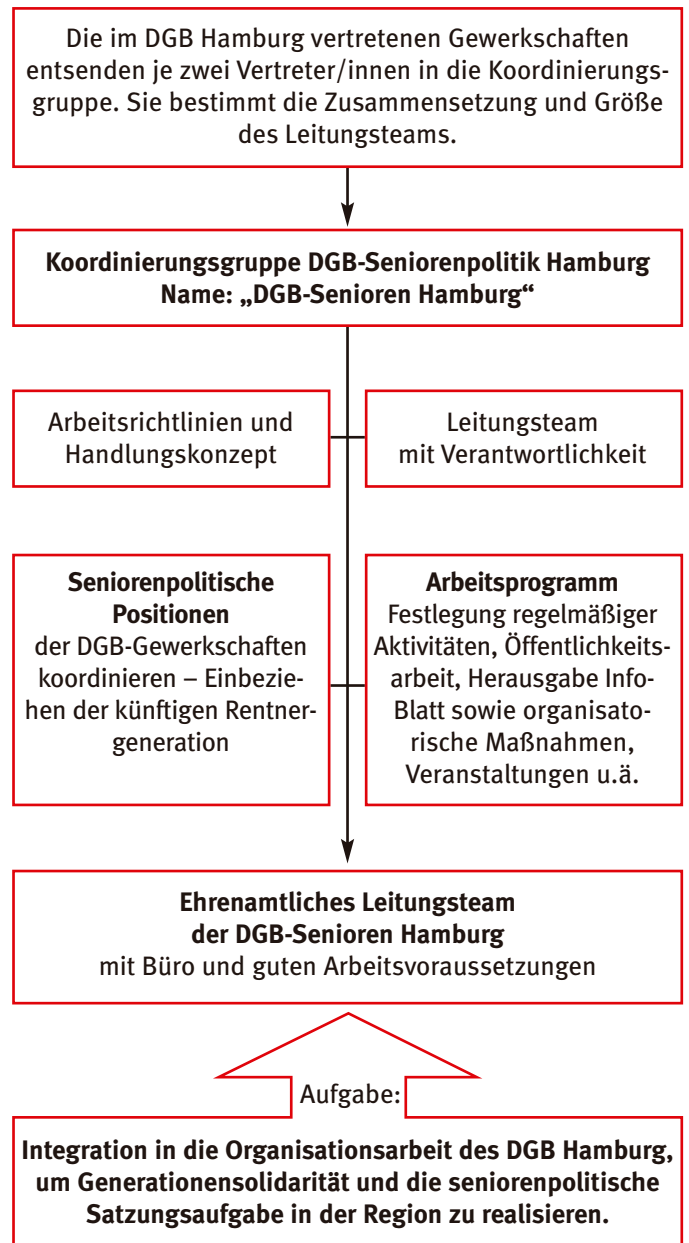
„Zwei Säulen-Modell“ der Außerbetrieblichen Gewerkschaftsarbeit
Eine Säule bildet dabei die Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit als gleichberechtigte Mitwirkung in der Organisationspolitik. Darüber hinaus ist eine durchsetzungsfähige Interessenvertretung durch den DGB erforderlich, mit dem Ziel, im Alter einer verlässlichen sozialen Sicherheit zu schaffen.

Das Modell „DGB-Senioren Hamburg“ (siehe Schaubild) ist ein Beispiel dafür, wie das Fundament der „zweiten Säule“ in einer DGB-Region aussehen kann.

Der DGB-Kongress hat beschlossen, ein Konzept für eine wirkungsvollere koordinierte Seniorenpolitik zu entwickeln. Diese sollte nicht nur aus Absichtserklärungen bestehen. Müllners konkreter Vorschlag ist, das „Hamburger Modell“ zu empfehlen, als Baustein für eine generationenübergreifende seniorenpolitische Konzeption des DGB.

DGB-Senioren Hamburg

Modell zur Umsetzung generationenübergreifender gewerkschaftlicher Seniorenpolitik



Impressum

Herausgeber:
IG Metall-Vorstand

Redaktion:
Rolf Nutzenberger, Thomas Krischer,
Ressort Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit

Redaktionelle Mitarbeit:
Werner Altmann, Michael Aufreiter, Angelika Berner, Christine Brodde,
Werner Holzwarth, Julius Klausmann, Johannes Müllner, Ulrich Schneider

Fotos:
IG Metall

Bezirksleitungen: Frankfurt, Bayern, Berlin-Brandenburg-Sachsen

Verwaltungsstellen: Esslingen, Mannheim, Zwickau, Leipzig, Bochum,
Freiburg, Südbrandenburg

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann, Frankfurt am Main

Stand: April 2007